

# RATHAUSKORRESPONDENZ

Herausgeber und verantw. Redakteur: 345  
FRANZ XAVER FRIEDRICH

Wien, am 18. Dezember 1936.

## Dritter Budgetbericht

Sitzung der Wiener Bürgerschaft vom 18. Dezember 1936.

Zum Abschluss der Generaldebatte nahm heute Bürgermeister Richard Schmitz in der Budgetsitzung der Wiener Bürgerschaft zu den in der Wechselrede aufgeworfenen Problemen eingehend Stellung: Einzelne Redner haben ihrer Freude über die Ausgeglichenheit des Budgets für 1935 Ausdruck gegeben und aus der Gegenüberstellung des voranschlagten Abganges mit gewissen geringen Überschüssen Folgerungen abgeleitet. Ich muss leider darauf aufmerksam machen, dass der Ausgleich ja nur mit Hilfe von geliehenem Gelde erfolgt ist. Wir haben also noch kein aktives Budget. Nun kann man sagen: gewiss die Stadt Wien bringt eben schwere und grosse Opfer für die Arbeitsbeschaffungspolitik. Wir müssen aber den Abgang in einem Voranschlag, wenn wir ihn schon nicht in diesen Tagen des Wiederaufbaus gleich ganz wegbringen können, doch in den engen Grenzen halten, die der Kredit der Stadt Wien trägt.

Mein unmittelbarer Vorredner hat an eine Aeusserung von mir erinnert, dass es vor allem die Aufgabe der Privatwirtschaft ist, ihre Leistungsfähigkeit zu erhöhen, um den Grossteil der Arbeitslosen aufnehmen zu können. Zu diesem Grundsatz bekenne ich mich heute und in Zukunft. Ich glaube nicht daran, dass man nur auf dem Wege der öffentlichen Arbeitsbeschaffung eine so grosse Arbeitslosigkeit aufsaugen könne. Jeder, der sich dieser Meinung hingibt, ist auf einem verhängniss-<sup>vollen</sup> Irrweg. Der Bürgermeister erörtert nun die Hauptursachen der Wiener Arbeitslosigkeit und weist auf den Zusammenbruch des alten Oesterreich-Ungarn hin. Alle die gutmeinenden Kritiker, die die Verkehrseinrichtungen in Wien mit denen in sechsmal grösseren Staaten vergleichen, begehen einen Denkfehler. Wir haben nicht einmal den Inlandsverkehr, der Oesterreich entspricht. Wir haben nur den der Wiener hinaus, aber nicht den der Nichtwiener herein. Möge man sich doch die Veränderung unserer Situation als Hauptstadt in Erinnerung bringen! Ich brauche nicht erst erinnern, dass grosse Direktionen, die einst viele Tausende von Angestellten und Hilfskräften beschäftigten, unter politischem Druck von Wien wegverlegt wurden. Nur die Arbeitslosen sind zurückgeblieben. Ich brauche nicht erst an die Zersplitterung des alten Wirtschaftsgebietes erinnern, an die Entstehung vieler neuer und hoher Zollgrenzen, an alle die Schwierigkeiten, die daraus entstanden sind. Die schmerzlichen Folgen dieser geschichtlichen Tatsachen können nicht vom Wiener Rathaus gutgemacht werden. Auch der österreichischen Regierung ist nicht alles möglich. Für verlorene Verdienstmöglichkeiten haben wir einen grossen Ersatz schaffen können: die Steigerung des Fremdenverkehrs. Vergessen wir nicht, dass hier eine ganz grosse Leistung vollbracht wurde, die eine nachhaltige Verbesserung der Wirtschaft unseres Landes und unserer Stadt darstellt.

Wir haben dann ein Erlebnis gehabt, das über Wien noch verheerender als über das übrige Oesterreich hinweggerollt ist, nämlich die Goldentwertung. Und alle, die mit solchen Ideen spielen, erinnere ich daran, wenn Wien heute eine arme Stadt ist, so ist zu mehr als der Hälfte die Goldentwertung daran schuld.

Gegen diese drei Hauptursachen der Krise: Zerfall des Reiches, Zerstörung des Wirtschaftsgebietes, Goldentwertung, ist als Erfolg neben der neuen Blüte des Fremdenverkehrs die Handels- und Wirtschaftspolitik zu nennen die der verewigte Kanzler Dr. Dollfuß eingeführt und sein Nachfolger mit Teilkraft und Erfolg fortgeführt hat. Hohe Zölle, Einfuhrverbote, Kontingentierung

# RATHAUSKORRESPONDENZ

Herausgeber und verantw. Redakteur:  
FRANZ XAVER FRIEDRICH

II. Blatt

Wien, am .....

und Devisenvorschriften in anderen Staaten, die unsere Ausfuhr hindern, muss Oesterreich trachten, im Verhandlungsweg möglichst abzuschwächen. Früher machte man allgemeine Handelsverträge, einen Zolltarif, dann ein paar Ausnahmen in den Handelsverträgen und hatte auf Jahre hinaus eine Rechtsbasis geschaffen, die sich lange nicht änderte. Jetzt ändert sich die Rechtsbasis oft schon in Monaten. Den Leistungen, die unsere Bundesregierung in den letzten drei bis vier Jahren gerade auf diesem heiklen Gebiete vollbracht hat, soll man die Anerkennung nicht versagen. Sehr viel ist geschehen, und wir sind zweifellos auf guten Wegen. Gewiss wäre es nützlich und erspriesslich, wenn wir zu einer grösseren Freiheit im Güterverkehr kämen, doch hängt das nicht von uns ab und ist überdies der praktische Uebergang hier sehr schwer. Ob eine Wirtschaftspolitik gut oder schlecht ist, muss nach Ablauf einer längeren Bewährungsfrist beurteilt werden, nicht nach **Einjahreserfolgen**. Darnach sind auch die Beobachtungen in anderen Staaten in ihrer Bedingtheit genau zu betrachten. In unserem Staat stellen wir den Grundsatz der Solidität und der Lebensfähigkeit der Wirtschaftspolitik voran.

Einer der Herren Redner machte die Bemerkung, wo denn eigentlich die Initiative der Privatwirtschaft zu sehen sei. Dieses Wort hat mich sehr betroffen gestimmt. Denn es ist etwas daran. In den Erörterungen über die Arbeitsbeschaffung besteht die Gefahr, dass man allzu einseitig auf den Staat und auf die Stadt schaut. Öffentliche Arbeitsbeschaffung kann zweifellos in der Regel nur zusätzlich sein, beloben und anregen, sie kann aber nicht ersetzen, was die Privatwirtschaft in Oesterreich und in der Welt zu leisten hat. Wenn man aber den Rahmen, der der öffentlichen Arbeitsbeschaffung durch das Wesen der Dinge gezogen ist, sprengt, begibt man sich auf eine schiefe Ebene, an deren Ende eine noch grössere Arbeitslosigkeit aufscheint, nur dass der Wiederaufstieg dann noch schwieriger wäre. Kein Zweifel, unsere Stadtverwaltung hat getan, was sie tun konnte, um Arbeit zu beschaffen. Einige Daten sollen das darlegen. Wenn das geschieht, so deswegen, weil wir doch unsere eigenen Leistungen nicht verkleinern sollen.

Der Stadtverwaltung ist es gelungen, die Zahl der unterstützten Wiener Arbeitslosen, gezählt am Stichtag 15. Oktober, von 110.000 auf 93.000, also um 17.000 Arbeitslose zu verringern. Was könnten wir nun tun, um in den kommenden Jahren einen noch grösseren Erfolg zu erzielen? Ein Redner hat die Einführung der Vierzigstundenwoche empfohlen. Ich verhehle Ihnen meine Bedenken nicht. Die Vierzigstundenwoche könnte vielleicht in einzelnen Branchen und Betrieben von Erfolg sein, aber ich glaube nicht, dass sie ohne die Folgewirkung einer Kürzung der ohnehin nicht sehr hohen Löhne abginge. Daher kann ich dieses Mittel nicht als richtig und zielführend betrachten. Seit den Erfahrungen mit der Achtstundentagskonvention habe ich auch nicht mehr das ganze Vertrauen in etwaige internationale Abmachungen über die Vierzigstundenwoche.

Eine ernste Beachtung verdient der Hinweis darauf, dass immerhin gelegentlich öffentliche Aufträge von einer Firma statt mit Neueinstellungen von Arbeitern mit Hilfe von Ueberstunden ausgeführt werden. In diesem Hinweis steckt ein Vorwurf, der allerdings nicht allein den Unternehmer trifft, der dies nicht machen könnte, wenn nicht die Belegschaft mittäte, die eben gerne etwas mehr verdienen möchte. Das braucht man ihr nicht verargen, vom allgemeinen Standpunkt aber sind solche Erscheinungen nicht zu begrüssen. Ich erkläre daher, dass wir uns überlegen werden, in welcher Weise bei den Arbeitsvergebungen des Jahres 1937 die Vermeidung von Ueberstunden zwecks Einstellung von Arbeitslosen erreicht werden könnte. Eine restlose Auswirku

# RATHAUSKORRESPONDENZ

Herausgeber und verantw. Redakteur:  
FRANZ XAVER FRIEDRICH

III. Blatt

Wien, am.....

kann nicht stattfinden, da z. B. die Zahl der Facharbeiter beschränkt ist. Ein aufreizender krasser Gegensatz besteht ja leider zwischen der grossen Zahl der Arbeitslosen und den öffentlichen Klagen über den Mangel an Facharbeitern. Hier sind Versäumnisse begangen worden, und zwar, nehmen Sie es mir nicht übel, von manchen Kreisen der Wirtschaft selbst, die doch das grösste Interesse daran hat, für Facharbeiternachwuchs zu sorgen. Tausende Arbeitslose könnten Arbeit finden, wenn sie zu Facharbeitern ausgebildet wären. Das Sozialministerium beschäftigt sich schon mit dieser Frage, ich richte an die Wirtschaft den Appell, sie möge diese Bemühungen ernstlich unterstützen.

Man hat in der Debatte gemeint, es sollte die Bautätigkeit besonder gefördert werden. Ich bin sehr dafür. Doch lehrt die wirtschaftsgeschichtliche Erfahrung, dass zwischen Bautätigkeit, Intensität der Wirtschaft und Volkswohlstand ein Zusammenhang besteht, der durch künstliche Eingriffe nicht ersetzt werden kann. Der Nutzbau hat bei uns sehr nachgelassen: wir haben mehr leerstehende Fabriken als Fabriksneubauten; damit fällt ein sehr grosser Teil der Möglichkeit weg, das Baugewerbe zu beschäftigen.

Was die Wohnbautätigkeit anlangt, so kann heute niemand sagen, wie gross eigentlich die Wohnungsbedürftigkeit ist, die heute herrscht. Wie man diesem Umstande beikommen könnte, ist noch in Prüfung. Hier ist aber eine wichtige Aufgabe zu erfüllen. Ebenso hinsichtlich des Ersatzes der jährlich demolierten billigen Kleinwohnungen. Der Voranschlag enthält Ansätze dazu. Ich wünsche, dass eine günstigere Gestaltung der Einnahmen und Ausgaben es ermöglichen solle, diese Pläne grosszügiger durchzuführen.

Was die Beschäftigung des Baugewerbes und der Bauarbeiter in Wien anlangt, so kann man erfreulicherweise immerhin günstigere Feststellungen machen, als die verschiedentlich in der Öffentlichkeit geäussert wurden. Die Statistik der krankenversicherten und arbeitslosen Bauarbeiter für die Jahre 1933, 1934 und 1935 diene als Grundlage. Im September 1933 waren in Wien von 28.000 Bauarbeitern 13.781, also etwa die Hälfte, arbeitslos, im September 1934 immer noch 13.542 Arbeitslose, also etwa der gleiche Stand. Dagegen betrug die Zahl der arbeitslosen Bauarbeiter im September 1935 in Wien nur 5.917, also 21 Prozent. Die Arbeitslosigkeit wurde also diesmal im Wiener Baugewerbe ganz bedeutend, um mehr als die Hälfte, herabgedrückt. Vom Jahre 1936 liegen die Zahlen vom 1. Dezember vor, die zum Vergleich nicht herangezogen werden können, da im Monat Dezember die Bautätigkeit fast völlig eingestellt ist. Am 1. Dezember d. J. war die Zahl der arbeitslosen Bauarbeiter in Wien 11.700, also doch noch weniger als 1933 und 1934. Daraus ergibt sich, dass die Förderung der Bautätigkeit durch die Stadt Wien einen grossen Erfolg für die Wiener Bauarbeiter gehabt hat. (Stürmischer Beifall).

Die gleichen Ziffern für ganz Oesterreich, also einschliesslich Wiens, ergeben folgendes Bild: Im September 1933 gab es in Oesterreich rund 120.000 Bauarbeiter, Lehrlinge und Angestellte nicht eingerechnet, davon waren damals 59.685, also rund 60.000, arbeitslos, das heisst genau so wie in Wien die Hälfte. Im September 1934 war die Zahl der arbeitslosen Bauarbeiter in ganz Oesterreich 50.000. Während es in Wien damals noch keine grössere Besserung gab, zeigte sich in ganz Oesterreich doch ein Sinken von 60.000 auf 50.000. Im September 1935 war die Zahl der arbeitslosen Bauarbeiter in ganz Oesterreich nur 30.066, also ein Viertel von 120.000 Bauarbeitern. Am 1. Dezember 1936, also zur Zeit fast völligen Stillstandes der Bautätigkeit, wurde mir für ganz Oesterreich die Zahl der arbeitslosen Bauarbeiter mit rund 60.000, also die Hälfte der gesamten Bauarbeiter, angegeben.

# RATHAUSKORRESPONDENZ

Herausgeber und verantwortl. Redakteur:  
FRANZ XAVER FRIEDRICH

IV. Blatt

Wien am

Die Aussichten für das Baugewerbe werden sich im kommenden Jahre in Wien nicht verschlechtern. Ausserhalb Wiens treten die zahlreichen Kasernenbauten hinzu, die noch zum Teil der Finanzierung bedürfen. Es drängt mich aber doch noch einige Ziffern zu nennen, über das, was bisher in den Jahren 1934, 1935 und 1936 geleistet wurde. Ich nehme zunächst den Teil unserer Arbeitsbeschaffung her, über den gelegentlich ein wenig "gemeckert" wird, den Strassenbau. Schöne neue Strassenbauten, das ist allen recht, aber warum macht man das nicht, ohne die Strassen aufzureissen, und wenn das nicht geht, warum macht man es nicht im Winter? (Heiterkeit). Es mag sein, dass aus Gründen, die nicht vorauszusehen waren, irgendwo ein Strassenbau in einer wichtigen Strasse zum Beispiel in die Festwochen hineingeraten ist. Das ist natürlich nicht wünschenswert. Andererseits muss ich erwähnen, dass eine Reihe von Geschäftsleuten am Kohlmarkt bewundert hat, wie rasch gearbeitet wurde, und die die Arbeiter beschenkt haben, weil sie gesehen haben, mit welchem Eifer die Arbeit vorwärts gegangen ist. Wir werden das Kapitel Strassenbauten auch in Zukunft nicht vernachlässigen. Wir haben bisher 40 Millionen Schilling für Strassenbauten ausgegeben, 23 1/2 Millionen für die innerstädtischen Strassen, 15 Millionen für die Höhenstrasse und für den Höhenweg, 2 1/2 Millionen für die Herrichtung der Gohsteige. Wir haben in diesen drei Jahren 10.000 Waggons Pflastersteine und 33.000 Waggons Schotter für den Strassenbau gekauft, davon 26 Prozent in Oberösterreich, 44 Prozent in Niederösterreich. Wenn wir von dieser Technik des Strassenbaus zur Gänze abgehen würden, müssten viele Steinarbeiterdörfer geräumt werden.

Nach den Strassen kamen die Brücken. Wir haben fast 15 Millionen Schilling für Brückenbauten ausgegeben. Die grösste Ausgabe entfällt auf die Reichsbrücke. Dass im Jahre 1937 auf diesem Gebiet wenig mehr zu tun ist ist für uns ein Lob. Wir haben die Wasserleitungen verbessert, 71 Kilometer neue Rohrleitungen angelegt. Wir haben den grossen Wasserbehälter im Bau, den Schutz des Quellgebietes verbessert und werden jede Gelegenheit benutzen, auch weiterhin den Quellenschutz unserer Wasserleitungen zu erhöhen. Wien hat eine Kanalanlage von 1000 Kilometern. In den letzten zwei Jahren haben wir 30 Kilometer neu erbaut und modernisiert. Dazu kommen noch die Leistungen mit Hilfe des Hausreparaturfonds. Was die Kanalbauten bedeuten, mögen Sie daraus erkennen, dass für 1937 nicht weniger als 120.000 Arbeitsschichten vorgesehen sind.

Wir haben auch neue Krankenwagen, Anbusse u. v. a. angeschafft. Die Strassenbahnverwaltung hat eine Anzahl Waggons der Privatindustrie zur Ueberholung übergeben. Die Kehrrichtschüttungen sind mit modernen Einrichtungen versehen worden. Bei dieser Gelegenheit will ich auch betonen, dass die Frage Bretteldorf von der Stadt Wien in generöser und wahrhaft sozialer Weise geordnet worden ist. (Lebhafter Beifall.) Wenn man aber darauf kommen sollte, dass spekulative Elemente dort wieder Fuss zu fassen versuche dann gibt es für diese keine generösen und sozialen Rücksichten mehr. (Zustimmung.)

Wir haben unsere Bäder verbessert und vermehrt, wir werden im nächsten Jahr auf dem Wiener Berg ein Bad einrichten, damit wir die Kinder von den Ziegelteichen wegbringen. (Beifall.) Auch die Gärten wurden vergrössert mit 25 Anlagen von 95.100 Geviertmeter Fläche. Für Investitionen in Schulgebäuden wurden 36 1/4 Millionen verausgabt. Dabei waren 2.000 Gewerbetreibende mit 3.500 Arbeitern beschäftigt.

# RATHAUSKORRESPONDENZ

Herausgeber und verantw. Redakteur:  
FRANZ XAVER FRIEDRICH

V. Blatt

Wien, am .....

Ich darf wohl sagen, dass die Stadtverwaltung mit Befriedigung und Genugtuung auf die Leistungen hinweisen kann, die sie bezüglich Arbeitsbeschaffung und Wirtschaftskrise in und ausserhalb von Wien vollbracht hat und dass unter diesen nicht eine einzige Arbeit ist, die nicht der Allgemeinheit diene und dauernd wertvoll ist. (Lebhafter anhaltender Beifall.)

Man hat hinsichtlich der Arbeitsvergebung einige Wünsche geäussert: Die Arbeit soll nicht dem billigsten Offerenten gegeben werden. Ich habe den Standpunkt vertreten und bleibe dabei, dass, wenn ein Schleuderangebot vorliegt, zu erwarten ist, dass es keine gute Leistung bringen kann. Hier gehe ich mit den Vorrednern auf einer Linie vor. Von Schleuderern abgesehen, bleibt aber das Bestbotprinzip der sicherste Schutz gegen Protektion und Korruption. Wenn wir diese einfache klare Linie verlassen, beginnt die Willkür, und wo diese beginnt, beginnt die Gefahr. Wir haben eine saubere Verwaltung und wollen auch künftighin diese saubere Verwaltung behaupten. (Stürmischer Beifall.)

Der Bürgermeister bespricht dann die Auswüchse gewisser Preiskartelle, die man bekämpfen müsse und denen er den entschiedenen Widerstand entgegensetzen werde. Auf dem Gebiete des Kartollwesens bestehen überhaupt so manche bedauerliche Missbräuche, er warte, deshalb auf das vielbesprochene Kartellgesetz und werde, wenn es komme, seine Erfahrungen auf diesem Gebiete in die Waagschale werfen.

Der Bürgermeister warnt vor gewissen Widersprüchen in den Wünscher zur Kreditverbilligung. Kredite werden fast immer mit anvertrauten Geldern anderer gegeben, die Verantwortung für diese Spargelder des Volkes ist sehr gross. Mit künstlichen Eingriffen kann man hier keine Erfolg erzielen. Die Senkung der Kreditkosten falle nicht in den Bereich einer Stadtverwaltung. Wenn auf der einen Seite über eine zu geringe Arbeitsbeschaffung und auf der anderen Seite von einer Herabsetzung der Steuern gesprochen wurde, so sei darauf zu sagen, dass eine Herabsetzung der Steuern und Abgaben sehr selten zu einer Belebung der Wirtschaft führe, denn der Verwaltung werde mit der Verringerung der Einnahmen ein grosses Stück der Möglichkeit der Arbeitsbeschaffung genommen. Der Bürgermeister müsse es unterlassen, zu den einzelnen Steuerbemängelungen Stellung zu nehmen, nur wolle er sich kurz auf den Vorschlag einer Ermässigung der Fürsorgeabgabe äussern. Diese sei eine "rohe", d. h. wenig verfeinerte Steuerquelle. In dem Moment, da eine wirkliche, der Stadt Wien gesichert zugehörige und leistungsfähige Steuerquelle eröffnet wird, erscheine er im Festkleid, um die Abschaffung der Fürsorgeabgabe zu beantragen, früher aber nicht, weil man nicht früher eine der stärksten Säulen des Stadtbudgets beseitigen dürfe.

Mit Dank nehme der Bürgermeister die Anerkennung verschiedener Redner für die Bemühungen der Stadtverwaltung auf dem Gebiete der Arbeitsbeschaffung entgegen, auch mit Dank, dass sich die Stadtverwaltung hier keine Kritik und Klage ausgesetzt habe und dass keine Klage über unsoziales Verhalten eines Unternehmers eingelaufen sei, der Aufträge der Stadt Wien erhielt. (Lebhafter Beifall.)

Schliesslich bespricht der Bürgermeister die Weihnachtsbescherungen und erklärt, er sei ein abgesagter Gegner der Küss-die-Hand-Wohltätigkeit. Man solle die Armen nicht demütigen, sondern ihnen helfen, einfach, schlicht und natürlich. Deswegen freue er sich immer, an Weihnachtsfeiern teilzunehmen, bei denen dieser Grundsatz befolgt wird. Auch die von Not bedrängten Familien sollen wieder lernen, Weihnachten als Familie zu feiern.

# RATHAUSKORRESPONDENZ

Herausgeber und verantw. Redakteur:  
FRANZ XAVER FRIEDRICH

VI. Blatt

Wien, am.....

Wenn es uns gelingt, einen Grossteil der Familien zu retten, haben wir viel getan für diese Familie selbst und noch viel mehr für unsere Zukunft.

In herzlichen Worten erörterte der Bürgermeister schliesslich seine Bemühungen, der Jugend von heute zu helfen, um aus ihr wertvolle Mitarbeiter für Heimat und Vaterland zu gewinnen. Die geistige, soziale und politische Entwicklung der Jugend muss unsere grosse Sorge sein. Was nütze unsere Arbeit, wenn nicht hinter uns eine gesinnungsgleiche und leistungstüchtige Jugend stehe. Das gleiche gelte für die Pflege des religiösen Lebens und der Vaterlandsliebe. "Alles muss darauf gerichtet sein", sagte der Bürgermeister, "die inneren Werte unseres Volkstums lebendig zu machen, auszugestalten, zu vergrössern. Damit wir vorwärtskommen, müssen wir uns auch noch besser verstehen lernen. Wir sollen uns gewiss die Wahrheit sagen, wie wir sie sehen, jedoch im Tone der Freundschaft und Einigkeit. Wir müssen uns verstehen, denn wir sind auf Gedeih und Verderb aneinander geschmiedet. Wir müssen dieses Einanderverstehen in unsere Herzen pflanzen als eine Selbstverständlichkeit wie das Atmen der Luft in Wien und Oesterreich. So wünsche ich denn, dass die friedlich-frohe Stimmung der Weihnacht uns alle erfülle und in uns lebendig bleibe auch im kommenden Jahre und in unserem ganzen Leben zum Heil für alles, was uns lieb und wert ist, für unser Heimatland Wien, das Vaterland Oesterreich, für unseren Glauben und für unser heissgeliebtes Volk! (Stürmischer, langanhaltender Beifall.)

Es wird in die Spezialdebatte eingegangen.

# RATHAUSKORRESPONDENZ

Herausgeber und verantw. Redakteur:  
FRANZ XAVER FRIEDRICH

VIII. Blatt

Wien, am.....

weichungen von der Bauordnung, insbesondere auch bei Adaptierungsfällen, ist notwendig. Uebrigens werden alle solchen Akte in spätestens 6 Tagen erledigt. Vereinzelte Verzögerungen können höchstens nur dann eintreten, wenn Baugesuche gelegentlich nicht vollständig belegt worden sind. Zur Frage der Nüchternheit der Fassaden kann festgestellt werden, dass überall, wo die Stadt Wien auf Bauten Einfluss nimmt, namentlich bei den Assanierungsbauten, die Kunst in irgendeiner Form zum Worte kommt, z. B. durch Anbringung von Hauszeichen, Erinnerung an Lokalgeschichte, etc. etc. etc. etc. etc. Die Frage einer Modernisierung der Hernalser Hauptstrasse sowie die Errichtung einer ordentlichen Zufahrt zum Schafbergbad werden für das nächste Jahr vom Stadtbauamt im Auge behalten. Was die Frage der Holzheizung anbetrifft, so zeigt die städtische Brennstoffwirtschaft in der Verwendung inländischer Brennstoffe sehr grosse Fortschritte. Stadtbauamtsdirektor Dr. Ing. Musil spricht sich in diesem Zusammenhang gegen die Schaffung einer eigenen Forstverwaltung aus, und zwar schon mit Rücksicht auf die Interessen der Wiener Wasserleitung.

Frau Rat Kuster dankt dem Bürgermeister für die Schaffung von Erholungswiesen und bespricht Fragen der Lizenzgebühr, der Fleischverkehrsabgabe, die Warenumsatzsteuer der Wiener Milchmeierbetriebe, die beträchtlich höher ist, als bei den andern bäuerlichen Betrieben. In Besprechung der Preisrechnungsaktionen der Milchfrage verlangt Rednerin namens der Wiener Landwirtschaft dass der Verkauf von Milch in Lebensmittelgeschäften endlich abgestellt werde und nur den Milchgeschäften überlassen bleibe. Auch sollen nur die Milchgeschäfte das Recht haben, an Sonntagen zu verkaufen.

Rat Dr. Ing. Strobl befasst sich mit dem Viehverkehrsgesetz, das in der letzten Zeit in der Oeffentlichkeit vielfach unrichtig erörtert wurde. Das Viehverkehrsgesetz war seinerzeit für unsere Landwirtschaft die Rettung, nur mit seiner Hilfe war es möglich, einem katastrophalen Preisabfall aufzuhalten. Heute sind die Ueberschüsse in den östlichen und südöstlichen Nachbarstaaten keineswegs so gross wie seinerzeit, auch die Preisdifferenzen sind nicht so gross, so dass die Pflichtkontingenten Ungarns, Jugoslawiens, Rumäniens in den letzten Monaten vielfach nicht voll ausgenützt wurden, da die Wiener Preise keinen Anreiz mehr gegeben haben. Wenn das Viehverkehrsgesetz heute aufgelassen würde, so wäre die einzige Leidtragende die Gemeinde Wien durch ihre Märkte, da ohne Viehverkehrsgesetz fast ausschliesslich geschlachtete Ware nach Wien käme, nachdem die Belastung der Lebendware den Bundesländern gegenüber viel höher ist. Das Viehverkehrsgesetz reguliert die Anlieferung und ermöglicht für die Wiener Konsumenten erträgliche Preise. Redner muss dringend warnen davor, am Viehverkehrsgesetz zu rütteln. Der Lebendmarkt würde in Wien noch mehr zurückgehen, obwohl an der Anlieferung von Lebendware sowohl die Konsumentenschaft als auch das fleischverarbeitende Gewerbe das grösste Interesse haben. Zu einer Abregelung des Schwarzverkehrs hat man allerdings noch nicht die nötigen Wege gefunden. (Beifall)

Rat Begle bespricht Neuregelungen der Betriebseinrichtungen in insb. über die dadurch steigende Arbeitslosigkeit unter den Wr. Arbeitst. Marx und wirtschaftlicher Auswirkungen des Viehverkehrsgesetzes, ferner die Lage des Fleischmarktes in Wien, die Frage der Gebühren und tritt für eine brufständische Markt- und Preispolitik ein. Er nimmt gegen die Anlieferung von Schwarzware Stellung, die mit Umgehung der Gebühren von der Umgebung Wiens nach Wien gebracht wird und eine Konkurrenz darstellt, die für das Wiener Gewerbe auf die Dauer nicht auszuhalten ist. Er bittet \*tern der fleischverarbeitenden Gewerbe, er erörtert

# RATHAUSKORRESPONDENZ

Herausgeber und verantw. Redakteur:  
FRANZ XAVER FRIEDRICH

IX. Blatt

Wien, am.....

den Bürgermeister und den Magistrat, dem Fleisch- und Viehmarkt in Wien ein besonderes Augenmerk zuzuwenden, damit die Stadt Wien auf diesem Gebiete ein entsprechendes Mitbestimmungsrecht bekomme und die Gemeinde die Anlieferung von Schwarzware energisch bekämpfen könne.

Rat Effenberger bespricht die Lage des Bäckergewerbes.

Rat Engelbrecht weist auf die Benachteiligung hin, die den Budenbesitzern durch die Verlegung des Christkindlmarktes aus der Inneren Stadt auf den Gürtel entstanden seien, man solle nach Möglichkeit wieder den Markt auf einem weniger frequentierten Platz der Inneren Stadt wieder aufleben lassen.

In seinem Schlusswort gibt der Berichterstatter, Obersenatsrat Dr. Fenzl die Versicherung, dass alle Anregungen für die Landwirtschaft die erforderliche Beachtung finden und der Mitwirkung des Magistrates hierbei sicher sein können. Bezüglich der Verlegung des Christkindlmarktes erklärt der Redner, dass hierfür Verkehrsschwierigkeiten die Ursache sind, der Referent werde aber diese Frage neuerlich prüfen.

Nach einer tatsächlichen Berichtigung des Rates Dr. Ing. Strobl, die sich gegen Ausführungen des Rates Begle wendet, gelangt nunmehr das Hauptstück "Arbeitsbeschaffung" zur Verhandlung. Bericht erstatter ist der stellvertretende Leiter des Finanzamtes Senatsrat Fr. Leppa.

Darauf spricht Rat Ing. Gross. Er erörtert die Lage des Baugewerbes und bringt die Pläne der daran beteiligten Kreise von Unternehmen und Arbeitern, Architekten und s.w. zur Kenntnis.

## Autobusverkehr am Goldenen Sonntag.

Uebermorgen, Goldener Sonntag, verkehren von 8 Uhr 30 bis 19 Uhr die drei innerstädtischen Linien I (Schottentor-Stephansplatz-Wollzeile), II (Karlsplatz-Stephansplatz-Schwedenbrücke) und III (Bellaria-Stephansplatz-Börse). In den Nachmittagsstunden wird die Linie II durch die Sonntagslinie P (Hitzing-Stephansplatz-Praterstern) ersetzt. Auf den übrigen Autobus-Taglinien ist mit Ausnahme der Linien auf dem Kahlenberg, nach Salmansdorf und zum Döblinger Friedhof (Krankenhaus der Kaufmannschaft) der Verkehr eingestellt.

## Anmerkung für die Redaktionen:

Auf unserem Bogen VIII ist zwischen dem Schlusswort des Stadtbaudirektors Dr. Ing. Musil und den Ausführungen der Frau Rat Kuster einzufügen: Obersenatsrat Dr. Fenzl berichtet über das Hauptstück "Wirtschaftsamt".



# RATHAUSKORRESPONDENZ

Herausgeber und verantw. Redakteur:  
FRANZ XAVER FRIEDRICH

X. Blatt.

Wien, am.....

Rat Uebelhör betont die Notwendigkeit des Assanierungs- und Hausreparaturfonds und bittet die Stadtverwaltung, es zu ermöglichen, dem Assanierungsfonds grössere Mittel zur Verfügung zu stellen. Etwa 150 Projekte liegen vor um alte verkehrsstörende Hindernisse zu beseitigen, die jedoch erst dann in Angriff genommen werden könnten, wenn es gelingt, die entsprechenden Geldmittel zu beschaffen.

Rat Herrmann tritt ebenfalls für die Förderung des Assanierungsfonds und für eine entsprechende Kreditbeschaffung für die private Bautätigkeit ein.

Rat Stubenvoll nimmt zu Fragen der Arbeitsbeschaffung, der Arbeitslosigkeit sowie der Belebung der privaten Bautätigkeit vom Standpunkt der Arbeiterschaft des Baugewerbes und der Bauindustrie Stellung und wünscht Förderungsmassnahmen der Stadt Wien und der berufsständischen Körperschaften für das Siedlungswesen im Jahre 1937.

Rat Petravic bemerkt, in der Debatte sei übereinstimmend festgestellt worden, dass die Lösung des Problems der Arbeitsbeschaffung und Bekämpfung der Arbeitslosigkeit in der entsprechenden Förderung der Privatinitiative bestehe. Wirtschaftliche Probleme sind mit wirtschaftlichen Erkenntnissen zu meistern, habe der Bürgermeister in seiner Budgetrede gesagt und das ist der Schlüsselpunkt für unsere Beratungen. Der Redner bespricht die Schwierigkeiten die der Privatwirtschaft entgegenstehen, die Gefährdung der Rentabilität, die Beeinflussung des Betriebes durch fremde Faktoren die die rationale Führung des Betriebes gefährden, deren Leidtragende Arbeiterschaft und Unternehmer sind und verbreitet sich dann eingehend über alle damit zusammenhängenden Fragen.

Rat Krejci spricht sich für die Schaffung eines Fonds für sanitäre Einrichtungen in notleidenden Betrieben durch die öffentliche Hand aus.

Nach dem Schlusswort des Senatsrates Leppa erfolgt die Abstimmung. Die Ansätze des Budgets 1937 sowie der Rechnungsabschluss 1935 werden genehmigt.

Nunmehr gelangen die Wirtschaftspläne 1937 und die Bilanzen 1935 der städtischen Unternehmungen zur Verhandlung. Zunächst referiert Direktor Ing. Güntner über die städtischen Gaswerke. Der Bericht wird ohne Debatte angenommen.

Zum Bericht des Direktors Ing. Beron über die städtischen Elektrizitätswerke spricht Rat Uebelhör, der die Mehrverwendung des elektrischen Stromes für den Haushalt, insbesondere für das Kochen, als sehr wünschenswert bezeichnet.

Nach dem Referat des Direktors Ing. Werner über die städtischen Strassenbahnen sprechen die Räte Uebelhör und Kastl sowie Engelbrecht und Petravic. Die Redner bringen Vorschläge über die Verbesserung der Verkehrsverhältnisse.

Nach der Erledigung der Wirtschaftspläne des Brauhauses, der Leichenbestattung und der Gewista dankt Bürgermeister Richard Schmitz in herzlichen Worten für die ernste und sachliche Beratung des Haushaltplanes der Stadt Wien und schliesst mit den besten Weihnachts- und Neujahrswünschen für die Bürgerschaft und die gesamte Wiener Bevölkerung die Sitzung.

.....